

presse

Kosten für Sicherheit im Zahlungsverkehr nicht auf Verbraucher abwälzen

Zur Einführung neuer Sicherheitstechnologien im Zahlungsverkehr erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack:

Derzeit stellen die Banken auf sicherere Verfahren zum Onlinebanking um. Die Kosten hierfür versuchen sie, auf die Verbraucher abzuwälzen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Banken auf, ihren Kunden sichere Bankverfahren kostenfrei zur Verfügung zu stellen, erklärt Kerstin Tack.

Derzeit stellen die Banken auf sicherere Verfahren zum Onlinebanking um. Die Kosten hierfür versuchen sie, auf die Verbraucher abzuwälzen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Banken auf, ihren Kunden sichere Bankverfahren kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Notfalls muss die Bundesregierung hierfür sorgen.

Während Kunden bisher Transaktionsnummern (TANs) von Papierlisten zum Online-Banking verwenden, sollen künftig entweder Geräte zum individuellen Generieren von TANs benutzt oder TANs per SMS auf das Mobiltelefon des Kunden verschickt werden. Damit wird Diebstahl und Betrug durch das Abfischen (Phishing) von Kundendaten erschwert.

Wir begrüßen die Einführung dieser neuen Techniken, die den Bankenverkehr sicherer gestalten.

Sowohl die Geräte als auch die SMS kosten jedoch Geld. Diese Kosten wälzen die Banken nun überwiegend auf ihre Kunden ab. Entweder die Kunden müssen ein entsprechendes Gerät kaufen, dann ist eine Überprüfung von Banken-AGB

erst gar nicht möglich. Oder die Banken verlangen Gebühren für die Versendung der SMS. Damit entledigen sich die Banken der Kosten für einen sicheren Bankenverkehr.

Die Sicherheit des Zahlungsverkehrs stellt jedoch in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft eine ureigene Pflicht der Banken dar. Dies scheint in Jahren bankenverursachter Krisen aus dem Fokus gerückt zu sein. Nachdem die Banken durch Einführung des Onlinebanking-Verfahrens bereits Mitarbeiter einsparen konnten, wälzen sie nun neben der Arbeit auch die Kosten für die Sicherheit des Geldverkehrs auf ihre Kunden ab.

Was tut die Bundesregierung dagegen? Neben überhöhten Dispozinsen, überteuerten Geldautomatengebühren und unangemessenen Gebühren für Pfändungsschutzkonten ein weiteres Feld, auf dem sie dringend handeln muss.